

ZUR ZIELBESTIMMUNG DER ALLGEMEINEN GESCHICHTE DES STAATS UND RECHTS

Prof. DR. PÁL HORVÁTH, Oberassistent DR. B. ISTVÁN KÁLLAI

Im Hochschulunterrichtssystem der europäischen sozialistischen Länder ist die allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte beinahe überall vorhanden. Diese Studien erhalten im allgemeinen zwecks Ausbildung eines ausgedehnteren Weltbildes im juridischen Unterricht ihren Platz, das heute durch ein sehr ausgedehntes Erfahrungsmaterial unterstützt werden könnte. Es genügt aber, wenn wir sagen, daß die allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte die Ausbildung der modernen marxistischen Weltanschauung gut unterstützt und das Verstehen der historischen Rolle der nationalen Rechtsentwicklung wirksam fördert.

Im ungarischen juridischen Hochschulunterricht war schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die sog. allgemeine europäische Rechtsgeschichte bekannt, die von Gusztáv Wenzel, der historisch-rechtliche Ideen verkündete, und von dem positivistischen Rechtshistoriker Imre Hajnik, begründet worden ist.¹ Die sozialistische Rechtswissenschaft mußte dennoch dieses Studium neu beleben, da in unserem Land die europäische Rechtsgeschichte noch vor dem ersten imperialistischen Weltkrieg (1908) liquidiert wurde.² Unter Verwendung der sowjetischen Erfahrungen erhielt dieser Wissenschaftszweig wieder seinen Platz an den ungarischen Universitäten und auch das erste Handbuch der allgemeinen Rechtsgeschichte marxistischen Charakters wurde bald herausgegeben.³ Nach solchen Antezedenzen ist es verständlich, daß wir den diesbezüglichen Referaten der Konferenz mit dem Thema „Die rechtsgeschichtliche Lehre als theoretisch-politische Grundlage für die Ausbildung sozialistischer Juristen“ ein erhöhtes Interesse entgegenbringen.

Auf jeder der Universitäten mit juridischer Fakultät wird in Ungarn als grundlegendes Studium die allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte unterrichtet. Aus diesem Umstand folgt, daß sich ein Teil der ungarischen Rechtshistoriker berufsmäßig mit der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte befaßt⁴ und es erschienen in Ungarn in diesem Themenkreis neben individuellen Studien über den Gegenstand, die Methode und die grundlegenden Zielsetzungen dieses Studiums⁵ auch monographische Werke.⁶ Auch die Referenten unserer wissenschaftlichen Konferenz berufen sich auf unsere diesbezüglichen publizierten Werke,

das für uns sehr ehrenvoll ist, aber eben dieser Umstand macht es notwendig, daß ich unsere Stellungnahmen im Zusammenhang mit diesem Studium näher beleuchte. Deshalb scheint es geeignet zu sein, daß ich mich aufgrund meines mitgeteilten Referats mit den Zielsetzungen des Unterrichts der allgemeinen Rechtsgeschichte befasse.⁷

Im vorwärtsschreitenden Prozeß der Modernisierungsarbeiten des Unterrichtsmaterials ist die Zielbestimmung des Unterrichts des gegebenen Gegenstands eine wichtige Aufgabe. Die Richtlinien bezüglich der Aufstellung des Unterrichtsplans, des Programms und der Thematik schreiben die Festlegung der Zielsetzungen vor, doch diese Aufgabe wird oft unrichtigerweise als ein formelles Erfordernis aufgefaßt. Eine gründliche Untersuchung der Aufgaben zeigt aber überzeugend, daß die Zielbestimmung des Unterrichts des gegebenen Gegenstandes ein wesentliches Moment der Modernisierung des Unterrichtsmaterials ist. Das Erfordernis des Unterrichts moderner wissenschaftlicher Kenntnisse macht nämlich das Verhältnis des Wissenschaftszweiges und des Lehrgegenstandes zueinander zum Gegenstand einer vorangehenden Analyse. Während dieser Untersuchung füllen wir den Platz der veralteten Thesen mit neuen wissenschaftlichen Ergebnissen aus, und schon allein die Aufzählung der durchzuführenden Aufgaben beweist, daß die Mittel, die Methoden, die Komponenten und Verhältnisse des Unterrichts des gegebenen Wissenschaftszweiges von Grund aus sich geändert haben. Die Verfolgung der Änderungen im Wissenschaftszweig ist aber eine Grundthese der Arbeiten der Modernisierung des Lehrmaterials, in deren Lauf auch die Modifikation der im ganzen Wissenschaftszweig verborgenen grundlegenden Aufgaben bei der Klärung der modernen Zielsetzungen des Unterrichts zu beachten sind.

Die zielbestimmenden Faktoren des Unterrichts der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte entspringen vor allem aus dem Unterrichtssystem an den staats- und rechtswissenschaftlichen Fakultäten. In diesem Sinn müssen wir in Ungarn aus der allgemein angenommenen These ausgehen, daß „unter Beachtung der Entwicklungstendenzen der sozialistischen Staats- und Rechtswissenschaften, der Lage der ungarischen sozialistischen Staats- und Rechtswissenschaften und der Verhältnisse des ungarischen juristischen Hochschulunterrichts die allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte als Grundgegenstand zu betrachten ist. Der Grundgegenstandsscharakter des Studiums bedeutet aber, daß es zur Begründung der juristischen Grundbildung der jungen Juristengeneration, zum Kennenlernen der historischen Entwicklung des Staats und der Rechtsinstitute, zur Erkennung der Gesetzmäßigkeiten der geschichtlichen Entwicklung, die den heute lebenden Instituten des Staates und Rechtes voranging, dient.“⁸

Aus dem Grundgegenstandsscharakter des Studiums folgt also, daß die anzugebenden Aufgaben einen Teil der geschichtlichen Begründung der juristischen Grundbildung bilden. Der Weg zur Verwirklichung dieser Erfordernisse in der Praxis führt durch die Einfügung der mit der allgemeinen Entwicklung des Staates und Rechtes verbundenen histori-

schen Tatsachen, wissenschaftlichen Begriffe in das Unterrichtsmaterial. Das Ziel ist also der Ausbau der rechtlichen Grundbegriffe auch durch das Lehrmaterial der allgemeinen Geschichte des Staates und Rechtes. Der Ausbau der Begriffe bezieht sich in weiterem Sinne auf die Staatsorganisation und die Rechtsverhältnisse, auf die staatlichen und rechtlichen Institute und auf ihre im Laufe der geschichtlichen Entwicklung ausgebildeten wesentlichen Inhaltselemente. Der Ausbau der Begriffe erscheint also im Rahmen dieses Studiums eingebettet in die geschichtlichen Tatsachen. Im Prozeß der Mitteilung der Kenntnisse übernimmt also dieser Gegenstand jene spezielle Rolle, die einen Übergang zwischen der Mittelschule und dem Hochschulunterricht bildet. Deshalb wäre der Unterricht dieses Lehrgegenstandes auf den höheren Jahrgängen nicht zweckmäßig. Es handelt sich also in erster Linie von der zeitgemäßen Erweiterung der an die allgemeine Entwicklung des Staates und Rechtes haftenden konkreten geschichtlichen Kenntnisse, um „das Denken der Hörer durch die immer reichere Erkenntnis der grundlegenden Tatsachen“ (Lenin), der Wirklichkeit zu entwickeln.

Im Interesse des Verständnisses der allgemeinen Entwicklung des Staates und Rechtes und der Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten der Rechtsentwicklung muß zugleich der Kreis der konkreten staats- und rechtsgeschichtlichen Kenntnisse wirksam erweitert werden, damit „die Art und Weise der Mitteilung der Kenntnisse die Hörer zur systematischen und aushaltenden Beobachtung der Tatsachen, zur selbständigen Erforschung der Zusammenhänge und der Gesetzmäßigkeiten anspornt.“ Wenn unsere Zielbestimmung des Unterrichts die Aufgaben richtig auffaßt, so erfüllen wir eben auf diese Weise jenes Erfordernis, das „mit der Intensivierung der grundlegenden Fachgegenstände“ verbunden ist. Die allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte, die überwiegend abgeschlossene (wissenschaftlich geklärte) Kenntnisse liefert, kann auf diese Weise ein wirksames Mittel der Erschaffung der juristischen Grundbildung werden. Unsere Zielbestimmung möchte also „die sichere Aneignung der Grundlagen“ auf dem Gebiet dieses Wissenschaftszweiges festlegen, weil das ein wichtiges Kriterium auch des Niveaus des juristischen Unterrichts ist. Die im Prozeß der Ausbildung der juristischen Grundbildung übernommenen Verpflichtungen ergänzen sich aber weitgehend in den unsererseits aufgestellten Erfordernissen. Es folgt aus der Zielbestimmung des Unterrichts auf den staats- und rechtswissenschaftlichen Fakultäten in Ungarn, daß dieser Gegenstand die politischen und rechtlichen Anschauungen in ihrer Entwicklung vorführt, die im Rahmen der verschiedenen gesellschaftlichen Formationen ausgebildeten Staats- und Rechtsinstitute, ihren Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Basis der Gesellschaft, bzw. mit anderen Teilen des Aufbaus erkennen läßt. Diese so übermittelten positiven Kenntnisse dienen der Aufdeckung der allgemeinen Entwicklung des Staates und Rechtes, sie machen den Hörer zu einem aktiven Teilnehmer in der Erkenntnis der auch in der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte nachweisbaren grundlegenden Gesetzmäßigkeiten, sie spornen ihn zur Erforschung der Zu-

sammenhänge zwischen den Erscheinungen an. Es handelt sich also über die Zielsetzung der Erschaffung der marxistischen Geschichtsanschauung, deren Rolle in dem juridischen Hochschulunterricht unlängst folgenderweise definiert wurde: „Ein Jurist, der außer Acht läßt, wie geschaffen die verschwundenen alten Rechtssysteme waren . . . kann auch in der Zukunft nicht den Interessen des Volkes auf dem Gebiet des Rechtslebens, und seinen fortschrittlichen Bestrebungen dienen.“⁹ Die Geschichtsauffassung setzt aber die Suche des Weges der Progression zu ihrem Ziel. Es würde also nicht genügen und es wäre auch nicht zeitgemäß, die neuen geschichtlichen Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Entwicklung des Staates und Rechtes ohne die Ausgestaltung einer zum Handeln anspornenden Geschichtsauffassung zu unterrichten. Laut dieser Zielbestimmungen müssen wir nämlich „die Vergangenheit so darstellen, daß jene Gesetzmäßigkeiten hervorgehoben werden, die von der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft führen“.¹⁰

Aus unseren Zielsetzungen ist es auch gut ersichtlich, daß „das Studium aus den wesentlichsten Elementen der auf dem Gebiet des Staats- und Rechtslebens angehäuften gesellschaftlichen Erfahrungen einleitende geschichtliche Kenntnisse vermittelt, das bessere Verständnis der Entwicklung der sozialistischen Staats- und Rechtsinstitute fördert“. Diese Ziele machen jene Bestrebung verständlich und begründet, daß die allgemeine Entwicklung in der Neuzeit und in der neuesten Zeit in den Schwerpunkt des Lehrmaterials gestellt wird. Zwar sind modernere Kenntnisse auf jedem Gebiet der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte vorhanden, und werden auch immer sein, aber nur Verständnis der unseren ebenden Instituten, Rechtsverhältnissen unmittelbar vorangehenden, wissenschaftlich schon systematisierten Entwicklung ist ein so hervorragendes Interesse verbunden, das auch auf die Aneignung des sozialistischen Staates und Rechtes eine Wirkung ausübt.

Der Gegenstand steht durch die Aufdeckung der Tendenz der allgemeinen Entwicklung und durch die eingehende Analyse der Staats- und Rechtsgeschichte der Nachbarvölker unmittelbar mit den angewandten Rechtswissenschaften im Zusammenhang und fördert das Verständnis der ungarischen Staats- und Rechtsentwicklung. Der gegebene Lehrgegenstand ist aber, allerdings nur indirekt, aber sehr wesentlich auch mit den grundlegenden juristischen Fachgegenständen verbunden. Das möchte folgende Zielbestimmung ausdrücken: „Die allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte, als ein Zweig der geschichtlichen Rechtswissenschaften, ist in ihren Zielsetzungen sehr eng mit den im juridischen Hochschulunterricht angewendeten Fachgegenständen dadurch verbunden, daß sie auf ihrem eigenen Gebiet feste staats- und rechtsgeschichtliche Kenntnisse gibt, die die Voraussetzung des Unterrichts der Fachgegenstände bilden.“ Die Wahrheit dieser Definition wirkt besonders stark, wenn wir die bisherigen Ergebnisse der Diskussionen über die Modernisierung des Lehrmaterials im Zusammenhang mit den grundlegenden Fachgegenständen in Betracht nehmen. Es ist nämlich einheitlich jene Erkenntnis, daß die Staats- und Rechtsgeschichte der sozialistischen

und volksdemokratischen Länder die bisher verwendeten Rahmen überschritten hat. Die damit verbundenen wissenschaftlichen Ergebnisse ermöglichen heute bereits, daß die allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte mit der Staats- und Rechtsgeschichte der sozialistischen und volksdemokratischen Länder ergänzt wird. Es handelt sich auf diesem Gebiet über die Vermittlung solcher Kenntnisse, die auch unmittelbar z.B. auf das bessere Verständnis der lebenden sozialistischen Staats- und Rechtsinstitute wirken. Unter anderen ist auch deshalb jene Erfordernisbestimmung berechtigt, daß der Lehrgegenstand den Hörern zeitgemäße, nützliche Kenntnisse übermittelt, die die Voraussetzung des Unterrichts der grundlegenden Fachgegenstände bilden. Auf die Notwendigkeit dieser konkreten Bestrebung weist jene Bestimmung des Bildungszieles auf den staats- und rechtswissenschaftlichen Fakultäten unseres Landes, als es zur Aufgabe der staats- und rechtsgeschichtlichen Gegenstände macht, daß sie „das bessere Verständnis des sozialistischen Rechtssystems“ auf dem Wege „der Erkenntnis der Bedingungen der Ausbildung“ fördern.

Die „Universalität“ des die Grundlage des Lehrgegenstandes bildenden Rechtszweiges ist bestritten. Auch die Diskussionen vor der Vorbereitung des Programms stellten die Möglichkeiten der Lösung der im Titel verborgenen Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Ausgestaltung des Lehrmaterials auf die Tagesordnung. In der Zielbestimmung finden wir nun keinen diesbezüglichen unmittelbaren Hinweis, aber die Teilnehmer der Modernisierungsarbeiten des Lehrmaterials haben festgelegt, daß die im Titel verborgene Universalität nicht mit dem Streben nach Vollständigkeit zu identifizieren ist. In diesem Sinn sind die die allgemeine Entwicklung nur indirekt beeinflussenden chronologischen Einzelheiten, die Verwendung der geschichtlichen Tatsachen in einem Maß, das unzweckmäßig ist, als eine überflüssige Belastung zu betrachten. Es müssen also jene Kenntnisse außerhalb des Rahmens des Lehrmaterials bleiben, die nach den Erfahrungen kein oder kaum ein positives Wissen vermitteln. Es ist hier aber festzustellen, daß durch den richtig aufgefaßten Unterricht der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte unter anderen die Überwindung der Mängel der hungarozentrischen Anschauungsweise zu erreichen ist. Heute begnügen sich aber die Erfordernisse der Zeitmäßigkeit auch damit nicht, daß anstelle der hungarozentrischen Anschauungsweise die Europa-zentrische Untersuchung tritt. Der Historiker sagt, daß „dieses Erfordernis einen Unterricht ermöglicht, der nicht die in Einzelheiten gehende Geschichte sämtlicher Völker umfaßt, sondern nur solche kennzeichnenden Typen der Entwicklung eingehend vorführt, an denen die Wirkung der allgemein geltendwerdenden Gesetzmäßigkeit am besten zu beobachten ist“.¹¹

Diese Auffassung scheint auch unseren Standpunkt in Bezug der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte zu bekräftigen. Jenen Standpunkt nämlich, daß infolge der wissenschaftlich feststellbaren Zielsetzungen und grundlegenden Aufgaben der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte die Behandlung der vollständigen Staats- und Rechts-

geschichte der einzelnen Länder nicht mehr erforderlich ist. Wir müssen jene veraltete Ansicht aufgeben, die Staats- und Rechtsgeschichte der einzelnen Länder auch in den nicht kennzeichnenden Abschnitten der Entwicklung vorzuführen. Unsere Auffassung ist die, daß die allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte die Staats- und Rechtsinstitute, die juristischen Anschauungen, oder die Geschichte einzelner Rechtszweige, bzw. Rechtsinstitute im Rahmen der Geschichte der hinsichtlich ihrer Ausbildung klassischen Länder vorführt. Die Behandlung der wichtigsten Momente der typischen Entwicklung im Zusammenhang mit der Geschichte der Staats- und Rechtinstitute wird auf diese Weise die Richtung der allgemeinen Entwicklung zeigen. Diese Art und Weise der Behandlung muß natürlich mit Hinweisen auf die von der allgemeinen Richtung der Entwicklung abweichenden Verhältnisse ergänzt werden. So kann der Rückfall in schematisierende Verallgemeinerungen vermieden werden. Nichts ist mehr natürlich, als jene Erkenntnis, daß das in der Zielbestimmung eigentlich verborgene Erfordernis keine geringe Aufgabe bildet.

Im Zusammenhang mit der Zielbestimmung des Unterrichts der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte müssen wir noch von einer grundlegenden Frage sprechen, nämlich von der Notwendigkeit der Ausgestaltung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung. Das Ziel der Institute des Hochschulunterrichts ist die Ausbildung von Fachleuten mit marxistisch-leninistischer Weltanschauung für verschiedene Gebiete der Volkswirtschaft, der Wissenschaft, des kulturellen Lebens. Die weltanschauliche Grundlage ist jene unentbehrliche Basis, woraus das von der sozialistischen Gesellschaft erforderte Berufsbewußtsein, die richtige Erkenntnis der gesellschaftlich-politischen Bedeutung der angeeigneten Fachkenntnisse entspringt. Die Wahrheit dieser Gedanken wird auch in der Zielbestimmung des Unterrichts auf den staats- und rechtswissenschaftlichen Fakultäten unseres Landes laut.

Es kann daran nicht gezweifelt werden, daß die Ausgestaltung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung auf dem Gebiet des juristischen Hochschulunterrichts eine besondere Bedeutung hat und im ganzen System des Unterrichts die Bestrebung der Ausgestaltung der kommunistischen Weltanschauung zugegen ist. Wenn wir aber in dieser Hinsicht die im juristischen Hochschulunterricht verwendeten Wissenschaftszweige einer eingehenderen Untersuchung unterwerfen, so kommen die historischen Rechtswissenschaften bei der Lösung der hier erscheinenden grundlegenden Aufgaben unmittelbar neben jene Gegenstände, die zur Ausgestaltung der kommunistischen Weltanschauung bestimmt sind. Diese Erkenntnis verlautete schon bei den Diskussionen über die Lehrbücher und Skripten vor den Modernisierungsarbeiten des Lehrmaterials. Wir haben erkannt, daß die Aufgaben und Möglichkeiten der weltanschaulichen Erziehung parallel zu der Entwicklung der sozialistischen Staats- und Rechtsgeschichtswissenschaften sich nicht verringern, sondern im Gegenteil, sich immer mehr vermehren. In der letzten Zeit richteten die Modernisierungsarbeiten auf diese Frage die Aufmerksamkeit.

Unser aus dem Kreis der historischen Rechtswissenschaften entwickeltes Lehrmaterial ist also hinsichtlich der weltanschaulichen Erziehung als ein wichtiger Lehrgegenstand zu betrachten und das muß entsprechend den Erfordernissen der Richtlinien im Zusammenhang mit der Hochschulunterrichtsreform auch in der Zielbestimmung ausgedrückt werden. Bei der Ausgestaltung des staats- und rechtsgeschichtlichen Lehrmaterials ist also von besonderer Bedeutung, daß die in der Ausbildung der wissenschaftlichen Weltanschauung primär wichtigen Tatsachen verwendet werden, damit ein wissenschaftliches Weltbild, das der Wirklichkeit entspricht, auch mit Hilfe der Grundgegenstände ausgestaltet wird. Dieses Erfordernis hängt natürlich mit den Bestrebungen der Aufdeckung der allgemeinen Entwicklung des Staates und Rechts, ihrer Gesetzmäßigkeiten, mit der Ausbildung der dem Verständnis der tatsächlichen Verhältnisse der menschlichen Gesellschaft dienenden Geschichtsauffassung zusammen. D.h. man muß, wie auf dem Gebiet der Rechtswissenschaften, so auch auch in der Rechtsgeschichte von den Erscheinungen zum Wesen, vom Zufall, von den individuellen Symptomen zur Erkenntnis der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten gelangen, damit die Kenntnisse zu einer Ansicht, diese aber zu einer Überzeugung, zu einer Weltanschauung werden.¹² Diese Erkenntnis soll auch durch unsere Zielbestimmung festgelegt werden, wenn sie verkündet, daß die Aufgabe der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte „die Förderung des besseren Verständnisses der Entwicklung der sozialistischen Staats- und Rechtsinstitute, der Ausgestaltung der sozialistischen Weltanschauung“ ist.

Wenn wir unsere Gedanken im Zusammenhang mit der Zielbestimmung zusammenfassen, so können wir folgendes feststellen: die Zielbestimmung des Unterrichts auf den staats- und rechtswissenschaftlichen Fakultäten stellt die Ernennung solcher Fachleute in den Vordergrund, die die, in der menschlichen Gesellschaft vorhandenen und durch die marxistisch-leninistischen Wissenschaften aufgedeckten grundlegenden, objektiven Gesetze zu erkennen imstande sind. Im Zusammenhang mit den grundlegenden Aufgaben unserer Universitäten ist es also offensichtlich, daß auf den staats- und rechtswissenschaftlichen Fakultäten ein ernstes Interesse mit dem Unterricht der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte verbunden ist, die auch die Ausgestaltung der sozialistischen Weltanschauung wirksam unterstützt. Die Verwirklichung der eine nicht geringe Verantwortung und ausdauernde Arbeit erfordernden Zielsetzungen kann bei der Bildung solcher Juristen als Mittel dienen, die ihren Fach gut kennen und jenen gesellschaftlich-politischen und weltanschaulichen Erfordernissen entsprechen, die das den Sozialismus aufbauende Volk gegen seine eigene Intelligenz erhebt.

Die Entwicklung der ungarischen Rechtsgeschichtsschreibung des letzten Vierteljahrhunderts erregte unter anderen auch dadurch die Aufmerksamkeit, daß sie erfolgreich jene nach innen gewandte Abgeschlossenheit überwunden hat, welche den Rechtshistorismus der bürgerlichen Ära gekennzeichnet hatte. In diesem Fortschritt spielten die neubelebte

allgemeine Rechtsgeschichte, bzw. jene Forscher unzweifelhaft eine führende Rolle, die auf dem Gebiet des ungarischen juristischen Hochschulunterrichts tätig waren und sich berufsmäßig mit der Bereicherung der Ergebnisse des gegebenen Wissenschaftszweiges befaßten. Es ist also kein Zufall, daß die Ergebnisse der allgemeinen Rechtsgeschichte in Ungarn häufig auf den internationalen wissenschaftlichen Foren der letzten Jahrzehnte erschienen sind.¹³ Diese Tatsache wurde hauptsächlich im Laufe der vergangenen Jahre dadurch noch unterstrichen, daß die ungarische Rechtsgeschichtsschreibung auch auf dem Gebiet der Modernisierung der allgemeinen Rechtsgeschichte die Initiative ergriffen hat. Näher beleuchtet handelt es sich darüber, daß unsere Forscher das Grundmaterial deskriptiven Charakters des gegebenen Wissenschaftszweiges zum Gegenstand der methodischen vergleichenden Rechtsgeschichte machten und damit der Entwicklung der modernen rechtshistorischen Forschungsarbeit neue Wege wiesen.¹⁴ Es wurde also eine grundlegend neue Konzeption in der Bearbeitung der allgemeinen Rechtsgeschichte geschaffen, die offensichtlich die Ausbreitung der rechtshistorischen Forschungsarbeit komparativen Charakters zum Ziel gesetzt hat. Diese Bestrebung ist aber kein Selbstzweck, sondern es soll dadurch das bessere Verständnis der im Rahmen der Nationalstaaten sich entwickelnden Rechtssysteme in den Vordergrund gestellt werden. Diesem Zweck dient vor allem jene methodologische Grundthese, daß die moderne Rechtsgeschichtsschreibung die Wechselwirkungen der gesellschaftlichen Erfahrungen der benachbarten Gesellschaften desselben Zeitalters aufdecken und auch die wissenschaftlichen Ergebnisse der nationalen Rechtsentwicklung in ein System der weiteren internationalen Zusammenhänge stellen muß. Die neueren Forschungsergebnisse weisen nämlich darauf hin, daß die Rechtsentwicklung der einzelnen Völker trotz der örtlichen (nationalen) Besonderheiten ein organischer Bestandteil einer weiteren Rechtentwicklungsregion (bzw. Subregion) ist. Deshalb stellt also die moderne Rechtsgeschichtsschreibung den regionalen Vergleich in den Vordergrund, wodurch die Erkenntnis eines unter den Rahmen derselben gesellschaftlichen Formation oft als mehrere Modelle entwickelten Rechtssystems ermöglicht wird.¹⁵ Unsere nähere Zielsetzung ist also, daß wir in erster Linie die regionalen Komponenten der Rechtsentwicklung des mittel- und osteuropäischen Raumes in ihrer zeitlichen Änderung aufdecken und um die als Modell erscheinenden Rechtssysteme gruppiert auch auf das Wesen der nationalen Besonderheiten eine wissenschaftliche Erklärung geben.

Es handelt sich also von der Ausbreitung der vielversprechenden Möglichkeiten der modernen komparativen Rechtsgeschichte, wenn wir die grundlegenden Zielsetzungen der allgemeinen Rechtsgeschichte neu abfassen möchten. So beruht auf den Thesen der skizzenhaft vorggeführten komparativen Methodologie auch jene unsere Konzeption, die die Zielbestimmung der allgemeinen Rechtsgeschichte zum Gegenstand hat und die als ein Referat der unter der Ägide der Sektion Rechtswissenschaft der Humboldt Universität (Berlin) veranstalteten internationalen rechts-

historischen Konferenz¹⁶ international bekannt wurde. Unser Thema und die damit verbundene Polemie traf diesmal auf ein bedeutendes Echo eben infolge des Indenvordergrundstellens der sog. Rechtsentwicklungsmodelle. Im internationalen wissenschaftlichen Leben bedeutete eine gute Antezedenz, daß der hervorragende slowakische Rechtshistoriker, Leonard Bianchi, die methodologischen Grundsätze der ungarischen vergleichenden rechtsgeschichtlichen Konzeption schon in einer früheren Studie¹⁷ zur Diskussion gestellt hatte. Wir waren bestrebt, daß diese wertvolle Stellungnahme auch für die aktiven Vertreter der ungarischen Rechtsgeschichtsschreibung erreichbar wird¹⁸, wobei wir auch die mit unseren Grundkonzeption verbundenen polemischen Anschauungen vollständig vorgeführt haben. In Wirklichkeit diente diese unsere Bestrebung der sog. äußeren Koordination der Forschungsarbeit und bahnte auch in weiterem Sinn den Weg einer derartigen Zusammenarbeit, welche das Übereinstimmen der erreichbaren Forschungsergebnisse betrieb. Diese Erwartung machte übrigens eben ein hervorragender Vertreter der tschechoslowakischen Rechtsgeschichtsschreibung für uns verständlich¹⁹, indem ersagte daß die Gegenseitigkeit wirksamer als bisher geltend werden müßte, der Entfaltung der voraussichtlich gemeinsamen wissenschaftlichen Ergebnisse dienend.

Die Koordinierung der rechtshistorischen Forschungsarbeit kann tatsächlich von den grundlegenden Zielsetzungen der modernen komparativen allgemeinen Rechtsgeschichte nicht getrennt werden. Diese Erkenntnis wurde zu einer *communis opinio* im allgemeinen auf dem Gebiet des marxistischen Rechtshistorismus. Die Notwendigkeit der überaus arbeitsbedürftigen praktischen Verwirklichung wurde uns hauptsächlich dann klar, als sich die Forschungen zu der bis dahin nicht aufgedeckten Rechtsentwicklung der Neuzeit und der neuesten Zeit wandten. So förderte auch die Aufdeckung der internationalen Ergebnisse der modernen Rechtsgeschichtsschreibung die Untersuchung der aufgetauchten ungelösten Probleme²⁰, dem später logisch die methodische Systematisierung der Quellen der sog. äußeren Koordination folgte.²¹

Aus den in den Vordergrund getretenen Aufgaben der ungarischen Rechtsgeschichtswissenschaft²² ergab sich, daß die die Grundlage der modernen vergleichenden Forschungen bildende Koordination in Ungarn primär mit der Untersuchung der bürgerlichen Rechtsordnung, bzw. mit der Rechtsentwicklung der neuesten Zeit (mit der sozialistischen) verbunden war. Wir müssen aber gestehen, daß der marxistische Rechtshistorismus heute schon in einem viel weiteren Sinn die Koordinierung der Ergebnisse der Rechtsgeschichtswissenschaft erfordert. Es wäre unnütz, auf die Ursprünge zurückzuweisen, da es ja bekannt ist, daß parallel zu der Entwicklung der sozialistischen Rechtswissenschaften recht häufig die Koordinationsberatungen erschienen sind, von einer deren die ungarische Rechtswissenschaft repräsentierende Zeitschrift (*Századok*) in der zitierten Studie berichtet hat.²³ Diese Beratung war in 1974. in Moskau mit der Teilnahme einer großen Zahl von wissenschaftlichen Instituten bzw. Universitätsforschungsstellen und förderte die koordinierte Ver-

wendung der neuesten Forschungsergebnisse, die die historischen Erfahrungen der Rechtsentwicklung der Völker der Sowjetunion ausdrückten, womit sie auch uns ein lehrreiches Beispiel lieferte.²⁴ Auch in den 60-er Jahren fand mit ähnlichen Zielen eine sowjetische Rechtshistorikerkonferenz statt, aufgrund deren Erfahrungen in der Zeitschrift *Sowjetskoje Gosudarstwo i Prawo* ausgedehnte methodologische Untersuchungen erschienen sind.²⁵ Hauptsächlich diese letzteren Arbeiten waren mit der Festlegung der grundlegenden Aufgaben der Rechtsgeschichtswissenschaft, bzw. der methodisch definierbaren Zielsetzungen verbunden. Eine ähnliche Beratung der aktiven Bearbeiter der in der sowjetischen Rechtsgeschichtsschreibung hochbewerteten allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte^{26, 27} fand aber erst in der letzten Zeit statt.²⁸

Am 17. und 18. Mai 1979. veranstalteten das Staats- und Rechtswissenschaftliche Institut der Wissenschaftlichen Akademie der Sowjetunion²⁹ und der Wissenschaftliche Rat für Politische Wissenschaften gemeinsam in Moskau eine Konferenz „Methodologische Probleme der allgemeinen Rechtsgeschichte“. Es ist also ersichtlich, daß diese wertvolle wissenschaftliche Konferenz schon nach Mitteilung unserer Stellungnahmen bezüglich der Zielbestimmung abgehalten wurde. Eben deshalb ist es nicht uninteressant darauf hinzuweisen, inwieweit unsere an der Berliner Konferenz der Rechtshistoriker der sozialistischen Länder mitgeteilte Konzeption durch die Erfahrungen der späteren Moskauer Beratungen unterstützt wurde.

Die mit weitgehender Einbeziehung der akademischen Institute, der Universitäts- bzw. Hochschulforschungsstellen veranstaltete Beratung beschränkte sich tatsächlich auf die Rolle des unter dem Titel „Wseobschtschaja istorija gosudarstwa i prawa“ bekannten Wissenschaftszweiges. Es ist aber kein Zufall, daß dieses Forum zugleich auch den Problemen des Rechtshistorismus mit theoretischer Bedeutung statt gab,³⁰ bzw. auch den historiographischen Untersuchungen bezüglich der Entwicklung des gegebenen Wissenschaftszweiges.³¹ Zu einer ähnlich großen Bedeutung gelangte die methodologische Begründung des gegebenen Wissenschaftszweiges³² und hauptsächlich die weitgehende Untersuchung der in den Ergebnissen der komparativen rechtshistorischen Forschungsarbeit verborgenen Möglichkeiten. Das Referat von O.A. Schidkow (Nekotorie problemi istorija gosudarstwa i prawa) lenkte durch die Aufdeckung des ganzen Arsenal der methodologischen Möglichkeiten die Aufmerksamkeit auf sich, A.A. Skripilew aber auf die Historiographie der fortschrittlichen Traditionen der komparativen Forschungsarbeit.³³ S.M. Tschernilowskij, als einer der bekanntesten Repräsentanten der allgemeinen Rechtsgeschichte, betrachtete nach Zeitaltern jene methodologischen Möglichkeiten³⁴, welche die Grundlage der moderneren Systematisierung des ausgedehnten Kenntnismaterials bilden könnten. In diesen Stellungnahmen tauchte übereinstimmend die Erkenntnis auf, daß unter den Rahmen der gleichen gesellschaftlichen Formationen die Aufdeckung der Wechselwirkungen der Rechtssysteme notwendig ist. Die erwähnte Beratung gelangte also ähnlich unserer zielbestimmenden Stu-

die zu der Notwendigkeit der ausgedehnteren Verwendung der vergleichenden Methoden. In dieser Anschauungsweise ist von nicht zu vernachlässigender Bedeutung die Tatsache, daß auch die sowjetischen Rechtshistoriker die Aufdeckung der nationalen Besonderheiten der Rechtsentwicklung als eine wichtige Zielsetzung betrachten.³⁵ Die Beratung stellte also jene Lehren der modernen vergleichenden rechtshistorischen Forschungsarbeit in den Vordergrund, welche wir vor allem aufgrund der methodologischen Rechtsliteratur der vergangenen Jahrzehnte³⁶ kennenlernen konnten. Unsere zitierte zielbestimmende Konzeption, sowie unsere erschienenen methodologischen (vergleichenden) Forschungen stützten sich vielseitig auf diese Ergebnisse, wir sehen aber mit großer Erwartung auf die voraussichtliche Mitteilung dieser Beratung vom Frühjahr 1979. Der repräsentative Vergleich des nach Zeitaltern aufgedeckten rechtshistorischen Tatsachenmaterials, die erhöhte Darstellung der Wechselwirkungen bzw. die Vorführung der historischen Gesetzmäßigkeiten der Rechtsentwicklung usw. stehen offensichtlich unseren Zielsetzungen nahe. Jene Stellungnahmen bedeuten dagegen die Abfassung neuer Erfordernisse, welche auch die Aufdeckung der Rezeptions-, bzw. Migrationsprozesse der Rechtsentwicklung³⁷ in den Vordergrund gestellt haben. Unsere sich entfaltende komparative Rechtsgeschichtsschreibung verschloß sich nicht vor dieser Erwartung³⁸, wir könnten sogar mit Recht sagen, daß in Ungarn eben die konkreten Forschungen, die das mittelalterliche Weiterleben einzelner Elemente des antiken römischen Rechtes aufdecken sollten, durch die methodologischen (vergleichenden) Forschungen einen neuen Antrieb erhalten haben.³⁹ Unsere in den Grundlagen komparativen allgemeinen rechtshistorischen Zielsetzungen beschränken aber die Untersuchung der Rezeption bzw. der Wechselwirkungen nicht auf das Weiterleben des römischen Rechtes. Es ist nämlich unsere Zielsetzung, daß wir auch die verschiedenen Erscheinungsformen der Rezeption, bzw. des Oktrois ebenso wie die Rolle der Wechselwirkung, bzw. der sog. Diffusion (z.B. der kulturellen Diffusion) vor allem in der Entwicklung der mittel- und osteuropäischen bürgerlichen Rechtssysteme aufdecken.⁴⁰ Heute wurde sogar unter den Planaufgaben des theoretischen und rechtshistorischen Instituts der Budapester Universität⁴¹ mit der vergleichenden Untersuchung der Entwicklungsgeschichte der sozialistischen Rechtssysteme⁴² begonnen.⁴³ Die diesbezüglichen ersten Ergebnisse gaben aber einen konkreten Beweis⁴⁴ für die Realität der in der Zielbestimmung angegebenen Bestrebungen. Es besteht aber kein Zweifel darüber, daß das moderne marxistische juristische Denken nur durch die Erneuerung der allgemeinen Rechtsgeschichte auf komparativer Basis zur weiteren Bereicherung der im obigen nur skizzenhaft vorgeführten Ergebnisse gelangen kann.

FUSSNOTEN

¹ S. Wenzel, G.: Egyetemes európai jogtörténet (Allgemeine europäische Rechtsgeschichte) Budapest, 1869., Hajnik, I.: Egyetemes európai jogtörténet (Allgemeine europäische Rechtsgeschichte) Budapest 1875.

² S. vom Verfasse: Egyetemtörténeti tanulmányok. Adalékok a modern felsőoktatási rendszerek kifejlődéséhez (Universitätsgeschichtliche Studien. Beiträge zur Ausbildung der modernen Hochschulunterrichtssysteme) Budapest 1973. S. 296—303.

³ S. Sarlós, M. — Bónis, Gy.: Egyetemes állam- és jogtörténet (Allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte) Budapest 1957., s. darüber G. W. Barabaszew — N. A. Selesnew: Choroschie posobie dlja wengerskich studentow-juristow. Sowjetskoe Gosudarstwo i Prawo 1/1960. S. 145—147. Vergl. Horváth, P.: Az egyetemes állam- és jogtörténet tankönyve (Lehrbuch der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte) Jogtudományi Közlöny XIII. (1958) Nr. 1—2. S. 69.

⁴ S. z. B. den selbständig organisierten Lehrstuhl für Allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte der Universität "Eötvös Loránd" von Budapest. Die beruflichen Vertreter des gegebenen Wissenschaftszweiges sind Prof. Univ. Lajos Hajdu, Universitätsdozenten Frau Nagy, Katalin Szegvári, Universitätsadjunkt István Kállai und József Ijjas. Unter den Verfassern des einheitlichen Lehrmaterials des Studiums nahmen auch der Leiter des Lehrstuhls für Rechtsgeschichte der Universität von Pécs, Prof. A. Csizmadia, und der Leiter des Lehrstuhls für Rechtsgeschichte der juristischen Fakultät von Szeged, Ö. Both, Platz.

⁵ S. Hajdu, L.: (Lehren einer Reformdiskussion) Egy reformvita tanulságai. Felsőoktatási Szemle XI (1962) Nr. 2., Horváth, P.: (A szocializmus viszonyai közt újjáéledő egyetemes állam- és jogtörténettudomány (Die unter den Verhältnissen des Sozialismus wieder ins Leben gerufene allgemeine Staats- und Rechtsgeschichtswissenschaft), Magyar Tudomány V. (1962) Nr. 2. Derselbe: Az egyetemes állam- és jogtörténet tananyagának korszerűsítésével kapcsolatban felmerülő problémák (Probleme in Zusammenhang mit der Modernisierung des Lehrmaterials der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte) Acta Facultatis Univ. Sc. Budapestinensis fasc. IV/1963. Nr. 1., ders.: A jogtörténeti alapismeretek továbbfejlesztésének ügye (Sache der Weiterentwicklung unserer Grundkenntnisse der Rechtsgeschichte) Felsőoktatási Szemle XVIII. (1969) Nr. 10. S. 584—590. Horváth, P. — Kállai, I.: A jogfejlődési modellek feltárását célzó újabb törekvéseink az összehasonlító jogtörténeti kutatásokban (Neuere Bestrebungen zur Aufdeckung der Modelle der Rechtsentwicklung in den vergleichenden rechtshistorischen Forschungen) Jogtudományi Közlöny XXXII. (1977) Nr. 9. S. 530—538.

⁶ S. Csizmadia, A.: Die Auswirkung der "Bulle" von Konstanz auf die Entwicklung des Oberpatronatsrechts. Acta Jur. Acad. Sc. Hungariae. Tom. II. Budapest 1960. Nr. 1—2. S. 13—82. Ders.: A falusi közösségek Délkelet-Európában a középkor után. Tanulmányok a falusi közösségekről (Die Dorfgemeinschaften in Südost-Europa nach dem Mittelalter. Studien über die Dorfgemeinschaften) Pécs 1977. Vom Verfasser s.: A középkori falusi földközösség jogtörténeti vonatkozásai (Rechtshistorische Bezüge der Dorfgemeinschaft im Mittelalter), Budapest 1960. Ders.: A kelet-középeurópai népek jogfejlődésének főbb irányai (Hauptrichtungen der Rechtsentwicklung der ost-mitteuropäischen Völker) Budapest 1968.

⁷ S. meine die Grundlage des Referats bildende publizierte Studie: Összehasonlító jogtörténet. Új irányok a jogtörténeti historiográfia és a módszertan köréből (Vergleichende Rechtsgeschichte. Neue Richtungen aus dem Kreis der Historiographie und Methodologie) Budapest 1975. S. 201—312.

⁸ Über die Zielbestimmung s.: Az egyetemes állam- és jogtörténet programja az Állam- és Jogtudományi Karokon folyó oktatás számára (Programm der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte für den Unterricht an den Staats- und Rechtswissenschaftlichen Fakultäten) Budapest 1975.

⁹ S. Methodologische Richtlinie für das Studium der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte. Právník 1955. Nr. 7.

¹⁰ Vergl. Mérei, Gy.: A tananyag korszerűsítésének néhány kérdése (Einge Fragen der Modernisierung des Lehrmaterials) Felsőoktatási Szemle, 1962. Nr. 4. S. 196.

¹¹ S. Mérei, Gy.: op. cit. S. 197.

¹² Vergl. Mérei, Gy.: op. cit. S. 197–199.

¹³ S. Frau Nagy Szegvári, K.: A jogtörténettudomány kutatási eredményei és perspektívái a felszabadulás után (Forschungsergebnisse und Perspektiven der Rechtsgeschichtswissenschaft nach der Befreiung), *Jogtörténeti Értekezések*, Nr. 7, Budapest, 1975. Vergl. Bónis, Gy.: Fünfundzwanzig Jahre ungarische Rechtsgeschichtsschreibung (1945–1969), *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanische Abteilung*, Band. 1970., 1971.

¹⁴ S. in diesem Sinn aufgrund des Werkes von Horváth, P.: Tudománytörténeti és módszertani kérdések a jogtörténet köréből (Wissenschaftsgeschichtliche und methodologische Fragen aus dem Kreis der Rechtsgeschichte), Budapest, 1974, p. 502. Vergl. ders.: Vergleichende Rechtsgeschichte. Wissenschaftsgeschichte und Methodik. Budapest, 1979, p. 363, bzw. mit den Ergebnissen seines neuesten Handbuches der vergleichenden Rechtsgeschichte. (s. ders.: Bevezetés az összehasonlító jogtörténet alapelemeibe (Einführung in die Grundelemente der vergleichenden Rechtsgeschichte) Budapest, 1979, p. 468.)

¹⁵ In diesem Sinn weisen wir auf das Werk von Horváth, P. – Kállai, I.: A jogfejlődési modellek feltárását célzó újabb törekvéseink az összehasonlító jogtörténeti kutatásokban (Neueste Bestrebungen zwecks Aufdeckung der Rechtsentwicklungsmodelle in den vergleichenden rechtsgeschichtlichen Forschungen), s. Vergleichende rechtsgeschichtliche Studien. Publikation des Lehrstuhls für allgemeine Rechtsgeschichte der Universität "Loránd Eötvös", Budapest, 1978, p. 7–44.

¹⁶ S. Internationale Rechtshistorische Konferenz, Okt. 30 – Nov. 3. 1978. Arbeitskreis I. (Die Stellung der Staats- und Rechtsgeschichte im Studienplan; der allgemeine Inhalt der Lehre in den verschiedenen Gebieten der Rechtsgeschichtsausbildung). Damit im Zusammenhang wurde es unter dem Titel: Zur Zielbestimmung der Allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte publiziert.

¹⁷ S. Koncepció problémáinak vizsgálata a jogtörténeti és jogtudományi kutatásban. *Právny Obzor*. Ročník 59 (1976) Nr. 8, p. 713–721.

¹⁸ In ungarischer Sprache unter dem Titel: Konzeptionelle Probleme des Unterrichts der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte. Vergleichende Rechtsgeschichtliche Studien (1978) p. 115–134.

¹⁹ S. in seiner Studie erschienen ebenfalls in *Právny Obzor*, 1970, Nr. 5 (p. 451–467). Vergl. Karpát, J.: A jelenkori magyar jogtörténetírásról (Über die ungarische Rechtsgeschichtsschreibung der Gegenwart). Vergleichende Rechtsgeschichtliche Studien. Publikation des Lehrstuhls für allgemeine Rechtsgeschichte der Universität "Eötvös Loránd", Budapest, 1979, p. 257.

²⁰ S. Horváth, P.: A magyar jogi historizmus tudományági helyzetelemzéséhez (Zur Analyse der Lage des ungarischen Rechtshistorismus im Wissenschaftszweig) *Gazdaság és Jogtudomány*, Jg. X (1976) Nr. 3–4, p. 399–400.

²¹ S. ders.: A koordinált összehasonlító jogtörténeti kutatómunka alapvető forrásai (Grundlegende Quellen der koordinierten vergleichenden rechtsgeschichtlichen Forschungsarbeit) *Századok*, Jg. 111 (1977), Nr. 5, p. 946–986.

²² Das sich hauptsächlich aus der relativen Unaufgedecktheit des bürgerlichen Zeitalters, bzw. aus der Aufdeckung der Rechtsentwicklung der neuesten Zeit (insbesondere der Geschichte des Rechtes des sozialistischen Staates) ergibt.

²³ S. Die koordinierte rechtsgeschichtliche Forschungsarbeit, loc. cit. (1977) p. 950–951.

²⁴ S. Miszula, I. J., Slawin, M. M.: Koordinacionnoe soweschtschanie istorikow juristow. *Sowjetskoe Gosudarstwo i pravo*. 1975. Nr. 4, p. 153–155.

²⁵ Unter Hinweis auf die Artikel von W. M. Kuritzin, S. L. Ronin, Ju. P. Titow, O. J. Tschistjakow, G. B. Galperin, bzw. A. I. Korolew, s. Horváth, P.: Bevezetés az összehasonlító jogtörténet alapelemeibe (Einführung in die Grundelemente der vergleichenden Rechtsgeschichte) Budapest, 1979.

²⁶ Hier sehen wir unter der Bezeichnung Wseobschtschaja istoria gosudarstwa i prava jene wirklich nach Univesalität strebende allgemeine Rechtsgeschichte, die auch in Ungarn die Grundlage der Neubelebung des gegebenen Wissenschaftszweiges bildete. S. Tschernilowskij, S. M.: Staats- und Rechtsgeschichte (in ungarischer Sprache erschienenes Handbuch, Budapest, 1951).

²⁷ Bezüglich der großen Zahl der dahergehörenden aktiven Rechtshistoriker, bzw. der oft mehrbändigen Handbuchliteratur s. *Horváth, P.*: Az egyetemes állam- és jogtörténet tananyagának korszerűsítésével kapcsolatban felmerülő problémák (Probleme im Zusammenhang mit der Modernisierung des Lehrmaterials der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte) Acta Fac. Jur. Univ. Sc. Budapestinensis. Tom. IV (1963) Fasc. 1, p. 19–20.

²⁸ *S. Efremowa, N. N. — Kizakowskij, W. W.*: Metodologitscheskoe problemi vseobschtschej istorii gosudarstwa i prava. Sowjetskoje Gosudarstwo i Prawo 1979. Nr. 10, p. 139–141.

²⁹ IGPAN SSSR Staats- und Rechtsgeschichtliche Sektion

³⁰ *S. Halfina, R. O.*: Znatschenie istoriko-prawowich issledowanij dla teorii prava. Referat, welches die Aufmerksamkeit auf jene konkreten Rechtentwicklungsprozesse lenkte, in denen das juristische Denken eines gegebenen Zeitalters wurzelte.

³¹ So wurde die Entwicklung der Rechtsgeschichtsschreibung (*P. S. Gratzianskij, I. A. Emelanowa*), die Entwicklung der komparativen Rechtsgeschichtsschreibung in Rußland (*E. A. Skripilew*), usw. behandelt.

³² S. in diesem Sinn z. B. die Stellungnahmen bezüglich der Verwendung der institutionellen, der sog. zweigsvergleichenden Methoden, der retrospektiven Verfahren, usw. (*S. W. Iwanow, Ju. D. Dubrinow, L. M. Majmeskulow, W. G. Grawskij, W. S. Nersesjan, usw.*).

³³ Insbesondere unter Hinweis auf die großen russischen Komparatisten *M. M. Kowalewskij, P. G. Winogradow, N. P. Sagoskin* und andere. S. *Istoriko-srawnitelnyj metod w prawowedenii Rossii wtoroj polowini XIX- natschala XX WW.*

³⁴ S. aufgrund des Referats *Metodologitscheskie problemi istorija gosudarstwa i prava*.

³⁵ Das man in gegebenem Fall auch durch die Mittellung der anschaulichen Quellenmaterialien zu erreichen wünscht (*B. A. Starodubskij*). S. als eine neue Versuchslösung die Quellenausgabe *Sbornik dokumentow po vseobschtschej istorii gosudarstwa i prava* (Sost. *K. E. Liwantzew, Leningrad, 1977.*)

³⁶ S. in Anschluß an die Werke: *Tille, A. A.; Schwelow, G. W.*: Srawnitelnyj metod w juriditscheskich disziplinach (Moskau, 1973), *Tille, A. A.*: Sozialistisches srawnitelnoe prawowedenie (Moskau, 1975), *Galperin, G. B., Korolew, A. I.*: Metodologitscheskie i teoretitscheskie woprosi nauki istorii gosudarstwa i prava SSSR (Moskau, 1974), *Feldman, D. I., Kurdukow, G. I., Lasarew, W. W.*: Teoretitscheskie problemi metodologii issledowanija gosudarstwa i prava (Moskau, 1975).

³⁷ *A. I. Kossarew* sprach über die Rezeption des warenproduzierenden römischen Rechtes im Mittelalter, bzw. durch einzelne bürgerliche Rechtssysteme, *S. M. Tschernilowskij* aber in weiterem Sinn über die Migration innerhalb desselben Rechtstyps. S. *Metodologitscheskie problemi vseobschtschej istorii gosudarstwa i prava*, loc. cit (1979) p. 139–140.

³⁸ S. aufgrund des Materials von *Woprosi primenienia srawnitelnogo metoda w issledowanijach istorii gosudarstwa i prava* (Material nauchnoje konferenzii, ustroennoj po rabotschemu planu sotrudnitschestwa meschdu Leningradskim Universitetom im. A. A. Schdanowa i Budapestskim Universitetom im. Eötvös Loránd. 11–13. dekabnja 1975.) Publikation der Universität "Eötvös Loránd", Budapest 1975. p. 431.

³⁹ S. aufgrund der Studie der beiden Romanisten (*G. Hamza, I. Kállai*) im zitierten Band *Woprosi primenienia srawnitelnogo metoda*. Loc. cit (1975) p. 197–273, 275–352. Auch darin bedeutet für uns die Stellungnahme der sowjetischen Rechtswissenschaft einen Ansporn, welche die komparative Forschung des römischen Rechtes fördert. *S. Tille, A. A.; Schwelow, G. W.*: Srawnitelnyj metod (1973) p. 107–110.

⁴⁰ S. als dessen konkrete Verwirklichung aufgrund des zitierten Werkes: Einführung in die Grundelemente der vergleichenden Rechtsgeschichte (Budapest, 1979), welches die vergleichende Untersuchung der bürgerlichen Rechtsordnung der mittel- und osteuropäischen (bzw. der südosteuropäischen) Völker bis zur Schwelle der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution verfolgte.

⁴¹ Mit der Ausgestaltung der integrierten Organisationseinheiten des ungarischen juristischen Hochschulunterrichts entstand [in Durchführung des Beschlusses des Ministerrates Nr. 2004/1974. (II. 20.)] das sog. Theoretische und Rechtsgeschichtliche Institut,

welches die Wissenschaftszweige Staats- und Rechtstheorie, Soziologie, Ungarische Rechtsgeschichte, Allgemeine Rechtsgeschichte und Römisches Recht umfaßt. Die in 1979. entstandene neue Struktur hielt als Teil des Instituts die selbständigen Lehrstühle, so auch den der allgemeinen Rechtsgeschichte.

⁴² Beschränkt auf die historische Untersuchung der Rechtsordnung der Völker der Sowjetunion, bzw. der europäischen sozialistischen Länder.

⁴³ Als theoretische Grundlegung der Arbeiten s. Horváth, P.: Die vergleichende Untersuchung der Rechtsentwicklung im Vordergrund der Rechtsgeschichte. *Acta Juridica Academiae Scientiarum Hungariae* 12 (1-2), p. 187-213 (1970) *Ders.*: Rolle der vergleichenden Untersuchung der Rechtsentwicklung in der Geschichte des sozialistischen Rechts. *Ebenda* 18. (3-4) p. 407-422 (1976), dessen verkürzte Abwandlung auch *Vznik a vývoj socialistického práva* (Čast, Univerzita Karlova, Praha 1976 str. 31-40) mitteilte.

⁴⁴ S. Horváth, P.: A szovjet állam és jog kialakulása (Ausbildung des sowjetischen Staates und Rechtes) Mitteilungen der Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlichen Sektion der Ungarischen Akademie der Wissenschaften XI (1977) Nr. 3-4. p. 319-358. *Ders.*: A népi tanácsrendszer és a szocialista jog térhódításának lehetőségei az 1918-1919. évi forradalmak idején (Möglichkeiten des Vordringens des Volksrätessystems und des sozialistischen Rechtes zur Zeit der Revolutionen von 1918-1919.) s. ebenda XIII (1979) Nr. 1-2, p. 39-93.

К ОПРЕДЕЛЕНИЮ ЦЕЛЕЙ И ЗАДАЧ „ВСЕОБЩЕЙ ИСТОРИИ ГОСУДАРСТВА И ПРАВА” КАК УЧЕБНОЙ ДИСЦИПЛИНЫ

ПАЛ ХОРВАТ – ИШТВАН КАЛЛАЙ

Везде в систему высшего юридического образования европейских социалистических стран входит преподавание всеобщей истории государства и права. Эта дисциплина получила место в обучении студентов-юристов в интересах формирования у них более широкого кругозора. Правильность введения этой дисциплины могла бы быть доказана большим материалом, богатым опытом. Достаточно будет все-таки сказать, что «Всеобщая история государства и права» служит формированию современного марксистского мировоззрения и содействует наилучшему пониманию развития нашего национального, венгерского права.

Это и определяет ее роль и задачи. «Всеобщая история государства и права» приводит к пониманию закономерностей, влияющих на развитие общества, институтов государства и права, в более широком смысле на развитие государственных и правовых систем и юридической жизни вообще. Из всего сказанного следует, что первоочередной задачей этой дисциплины является расширение исторических знаний, связанных с общим развитием государства и права. Из целей подготовки студентов-юристов на государственно-юридических факультетах следует также, что в рамках этой дисциплины юридические взгляды и институты освещаются в развитии. Задачей ее является и анализ государственных и правовых систем, возникавших при разных общественных формациях в тесной связи с конкретными общественно-экономическими условиями. Таким образом эта учебная дисциплина на основе накопившегося опыта в области государственной и юридической жизни дает основополагающие юридические знания. В таком смысле задачей предмета является и показ развития систем государства и права социалистического характера и с помощью общественного опыта в этой области содействовать лучшему пониманию живого социалистического права. «Всеобщая история государства и права» исполняет пропедевтическую роль по отношению к специальным дисциплинам высшего юридического образования, так как дает непосредственную помощь преподаванию таксативных знаний. Наконец, путем ознакомления с историей развития государства и права соседних стран она дает непосредственную помощь юридической науке в решении задач, стоящих перед ней. Мы убеждены в том, что эти задачи мы можем решить в первую очередь путем расширения исследований в области сравнительного права. Считаем необходимым, чтобы представители венгерской юридической мысли ознакомились с опытом историков права социалистических стран. Поэтому было

принято решение об основании ежегодника «Очерки истории сравнительного права», отдельные тома которого выпускаются факультетом государства и права с 1978 года. «Очерки» также, как и эта работа, занимающаяся целями «Всеобщей истории государства и права» как учебной дисциплины считают своей задачей дать возможность специалистам других стран ознакомиться с новейшими научными достижениями исследования всеобщей истории государства и права, достигнутыми сравнительным методом.

A PROPOS DE LA DÉTERMINATION DE L'OBJECTIF DE L'HISTOIRE UNIVERSELLE DE L'ÉTAT ET DU DROIT

PÁL HORVÁTH—ISTVÁN KÁLLAI

L'histoire universelle de l'État et du droit a presque partout sa place dans le système de l'enseignement juridique supérieur des pays socialistes européens. C'est dans l'intérêt de créer une plus large image du monde que cette discipline a occupé généralement sa place dans l'enseignement juridique. Des expériences très répandues peuvent déjà justifier de nos jours sa raison d'être. Il suffira donc de dire néanmoins que l'histoire universelle de l'État et du droit sert la formation de l'idéologie marxiste moderne en favorisant aussi la meilleure compréhension de l'évolution de notre droit national.

Cette discipline occupe sa place en Hongrie comme cours fondamental dans le système de l'enseignement juridique supérieur. Il en résulte le caractère déterminé du rôle et des tâches de la discipline. L'histoire universelle de l'État et du droit sert dans un sens plus large la reconnaissance des régularités exerçant leur effet dans la développement des institutions de société d'État et de droit et plus généralement dans celui de la vie juridique. La discipline a donc pour tâche primordiale d'étendre les connaissances historiques attachées à l'évolution universelle de l'État et du droit. Il s'ensuit des déterminants de l'objectif de la formation des juristes aux Facultés de Droit que cette discipline fait voir les idées et les institutions juridiques dans leur évolution. Cette discipline a donc pour tâche d'examiner les systèmes d'État et de droit créés dans les cadres des différentes formations sociales en rapport avec les exigences socio-économique changeant par époque. C'est ainsi que cette discipline offre des connaissances juridiques solides sur la base des expériences sociales accumulées dans le domaine de la vie d'État et de droit. Dans ce sens cette discipline a pour tâche de découvrir le développement des systèmes d'État et de droit socialistes et de favoriser au moyen des expériences sociales y relatives la compréhension du droit socialiste vivant. L'histoire universelle de l'État et du droit accomplit donc un rôle propédeutique à l'égard des disciplines de l'enseignement juridique supérieur puisqu'elle aide directement à l'enseignement des connaissances de droit positif. Enfin elle permet directement en faisant surtout connaître l'évolution de l'État et du droit des pays voisins de résoudre les tâches incombant à l'historiographie hongroise. Nous sommes convaincus que nous pourrons réaliser ces derniers objectifs en élargissant surtout le travail de recherches dans le domaine de l'histoire comparée du droit. Nous trouvons donc indispensable que les expériences des historiens de droit des pays socialistes soit sans cesse connues par la science juridique hongroise, expériences que nous voudrions favoriser avec la mise en marche d'un périodique intitulé *Összehasonlító Jogtörténeti Tanulmányok* (Études d'histoire comparée du droit) paraissant une fois par an, périodique dont les volumes paraissant par an sont publiés par la Faculté de droit de l'Université. Ce périodique ainsi que nos études traitant des objectifs de l'histoire universelle de l'État et du droit tient de sa tâche de faire connaître sans arrêt les récents résultats internationaux de l'historiographie moderne de droit comparée (universelle).